

Günter Belchus
Ministerialrat a.D.

Varste
Auf den Birken 1
57399 Kirchhundem
Tel.: (02764) 70 38
Fax: (02764) 21 51 42
E-Mail: Belchus@web.de
G.Belchus@t-online.de

An den
Beauftragten der Bundesregierung
für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe
Herrn Günter Nooke
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Kirchhundem, den 6. April 2007

**Konferenz des Internationalen Komitees für Demokratie in Kuba, Berlin,
25./26.April 2007**

Sehr geehrter Herr Nooke,

ursprünglich hatten die Veranstalter der oben genannten Konferenz wohl gehofft, den Bundesminister des Auswärtigen als Redner auf der Konferenz gewinnen zu können. Mit großer Freude und Genugtuung habe ich aber sodann erfahren, daß Herr Dr. Steinmeier von einer Teilnahme abgesehen hat. Dem aktuellen vorläufigen Programm (Stand wohl 6. April 2007) entnehme ich aber jetzt, daß nunmehr Sie in Ihrer Eigenschaft als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung als Teilnehmer fest eingeplant sind. Das befremdet mich sehr und ich möchte Sie sehr dringend bitten, davon abzusehen, die Konferenz durch Ihre Anwesenheit und gegebenenfalls Abgabe von Stellungnahmen im Namen der Bundesregierung aufzuwerten.

Ich mag nicht ausschließen, daß der eine oder andere Konferenzteilnehmer guten Willens und auch gutgläubig genug ist anzunehmen, es ginge hier um Demokratie und Menschenrechte in Kuba. Wenn man sich allerdings die Themen ansieht und sich vergegenwärtigt, wer auf der Konferenz zu Wort kommen soll und dabei insbesondere genauer die kubanischstämmigen Teilnehmer und die aus den USA ins Auge faßt, wird einem ziemlich bald klar, daß es vorrangig, wenn nicht sogar einzig und allein darum geht, Kuba und seine Regierung an den Pranger zu stellen. Der deutschen Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit soll, so befürchte auch ich neben vielen anderen, ein möglichst negatives Kubabild vermittelt werden und damit einer möglichen Intervention seitens der USA psychologisch der Boden bereitet werden.

Die Gefahr eines militärischen Angriffs auf Kuba seitens der USA ist real. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten sind seit dem Sieg der kubanischen Revolution über das Batista-Regime stets angespannt gewesen. Die Feindseligkeit seitens der USA-Administration hat indes unter dem derzeitigen Präsidenten George W. Bush mit einer brutalen Verschärfung der Blockade der Insel einen bisher nicht gekannten Höhepunkt erreicht. Der sogenannte „Plan Bush“ enthält, wie Ihnen bekannt sein dürfte, einen geheimgehaltenen Teil, der das Schlimmste befürchten läßt.

Das kann mich nicht kaltlassen. Ich habe in Kuba eine solche Menge an Freundschaften oder gute Bekannte, daß mir der bloße Gedanke, sie könnten als – wie man heute so beschönigend sagt – Kollateralschäden einer bewaffneten Intervention der USA enden, unerträglich ist.

Es mag uns gefallen oder nicht, Kuba hat wie jedes andere Land nach der Charta der Vereinten Nationen nicht nur das Recht, in Frieden zu leben, sondern auch Anspruch darauf, daß jede gegen seine territoriale Unversehrtheit oder seine politische Unabhängigkeit gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt unterbleibt. Nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte wie nach dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte haben alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung, kraft dessen sie frei über ihren politischen Status entscheiden und in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung gestalten. Das setzt Einmischungen von außen Grenzen. Hinweisen möchte ich im gegebenen Zusammenhang auch noch auf die von der UN-Vollversammlung am 24. Oktober 1970 angenommene sogenannte „Friendly Relations“-Deklaration, die konkretisiert, daß kein Staat gegenüber einem anderen Staat Gewalt androhen oder Gewalt ausüben darf. Die Präambel der Charta der Vereinten Nationen fordert des weiteren nicht nur zur Friedlichkeit, sondern auch zur Duldsamkeit auf. Das bedeutet zu respektieren und zu tolerieren, daß Völker nun einmal mit unterschiedlichen Gesellschafts- und Wertesystemen leben. Auch wer unter Demokratie etwas anderes versteht als es die Kubaner tun, begeht Unrecht, wenn er versucht, seine Vorstellungen gewaltsam durchzusetzen. Gegen diese Prinzipien verstoßen nicht nur nach meinem Dafürhalten die USA seit Jahr und Tag. Das muß nicht nur angesprochen, sondern dem muß auch nachdrücklich entgegengewirkt werden. Es soll hier auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Entwicklung in Kuba entscheidend dadurch bestimmt worden ist und noch bestimmt wird, daß sich das Land praktisch seit 1959 im Kriegszustand mit den USA befindet.

Umso bedauerlicher ist es, daß in unserer Hauptstadt mit der fraglichen und meines Erachtens auch äußerst fragwürdigen Konferenz den Feinden Kubas ein Forum zur Verfügung gestellt wird, in dem die aggressive Politik der USA gegenüber Kuba unterstützt werden soll. Sehr geehrter Herr Nooke, Ihr Amt als Menschenrechtsbeauftragter ist ja im Auswärtigen Amt eingerichtet. Ich meine, daß dies für Sie auch die Verpflichtung begründet, in besonderem Maße die vorstehend dargelegten völkerrechtliche Prinzipien zu berücksichtigen und für ihre Beachtung einzutreten. Aber ich sehe Sie auch ganz allgemein in der außenpolitischen Verpflichtung, das ohnehin nicht sonderlich gute Verhältnis zwischen uns und Kuba nicht noch weiter zu belasten. Ihre Teilnahme an der Konferenz wird in Havanna mit Sicherheit nicht goutiert werden. Deutsche Außenpolitik in bezug auf Kuba sollte sich vielmehr ein Beispiel an der neuen, zukunftsweisenden Politik der spanischen Regierung nehmen, wie sie bei dem Besuch des spanischen Außenministers Moratinos in Havanna in der vergangenen Woche deutlich geworden ist.

Sehr geehrter Herr Nooke, wenn Ihnen Menschenrechte im Zusammenhang mit Kuba wichtig sind, dann sollten Sie in erster Linie dafür eintreten, daß die USA die Blockade gegenüber Kuba endlich aufheben, wie es in den letzten Jahren die UN-Vollversammlung mit überwältigenden Mehrheiten gefordert hat. Sie sollten sich ferner für die sofortige und bedingungslose Freilassung von fünf Kubanern einsetzen, die nach einem – auch von UN-Seite kritisierten – unfairen Gerichtsverfahren zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Sie büßen letztlich allein dafür, daß sie versucht haben, terroristische Attacken gegen ihr Heimatland, die vor allem von US-Territorium, nämlich von Florida, ausgehen, zu verhindern. Ihre Familienangehörigen büßen mit ihnen, weil ihnen nicht im gebotenen Maße die zum Besuch der Gefangenen erforderlichen Visa erteilt werden; in zwei Fällen werden sie sogar total verweigert. Und Sie sollten schließlich mit aller Kraft dafür eintreten, daß die auf kubanischem Boden, nämlich in der US-Marinebasis Guantánamo, täglich stattfindenden massiven Menschenrechtsverletzungen ein Ende finden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
(Günter Belchus)